

Neudruck

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Entschuldigung für verfassungswidrige Abgabenpraxis im KAG

Der Landtag entschuldigt sich bei den betroffenen Bürgern sowie bei den Abwasserzweckverbänden für die Folgen der verfassungswidrigen Beitragserhebungsregelung, die er im Kommunalabgabengesetz beschlossen und jahrelang trotz berechtigter Kritik nicht korrigiert hat.

Begründung:

Aufgrund der bisherigen Beitragserhebungsregelung im Brandenburger KAG wurden auf verfassungswidriger Grundlage hunderttausende Beitragsbescheide berechnet, verschickt und viele davon vollstreckt. Unzählige Arbeitsstunden wurden in den Abwasserzweckverbänden hierauf verwendet. Betroffene Bürger wiederum haben noch einmal unzählige Stunden für Widersprüche und Klagen gegen diese Bescheide und ihre Grundlage eingesetzt. Menschen wurden angesichts teilweise horrender Forderungen in soziale Note gebracht. Gerichte sind mit den resultierenden Prozessen seit Jahren beschäftigt. Durch die Fehlentscheidung des Landtags entstanden somit ein riesiger, überflüssiger Mehraufwand und gewaltige finanzielle Schäden für Bürger und Abwasserzweckverbände im Land Brandenburg, sowie ein Vertrauensverlust in die Gesetzgebung – also den Landtag.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun klargestellt, dass die Regelung verfassungswidrig ist. Was von zahllosen Betroffenen und Rechtsexperten wiederholt so gesagt wurde, doch im Landtag stets ignoriert wurde. Die Bevölkerung des Landes Brandenburg hat eine Entschuldigung des Landtages für das Erlassen verfassungswidriger Gesetze verdient.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe